

Zürich & Region

Kletterhalle
In Winterthur lockt ein neues Angebot auch Familien an.

19



TA-Test
So schmeckt das gesunde Essen vom Velokurier.

21

Helfen, bis alle unglücklich sind

Eine kleine Zürcher Gemeinde muss seit kurzem jeden fünften Steuerfranken für die Kinder einer Flüchtlingsfamilie ausgeben. Was mit einer guten Tat begann, sorgt heute für Verdruss auf allen Seiten.

Marius Huber

Dies ist eine Geschichte, die offiziell niemand erzählen darf und über die doch das halbe Dorf mehr oder weniger Bescheid weiss. Eine, in der viel gut gemeint war und doch keiner glücklich ist.

Im Schulhaus einer Zürcher Landgemeinde, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht genannt werden darf, hängt ein Zeitungsartikel aus der «NZZ am Sonntag» prominent an der Pinnwand im Lehrerzimmer: Wegen einer einzigen Problemfamilie sei eine kleine Gemeinde finanziell in Schieflage geraten, steht da. Es ist ein Souvenir an den Zustand der Überforderung, der hier bis vor kurzem herrschte. Aber ausgestanden ist die Geschichte nicht.

Daran wird man unten auf dem Spielplatz erinnert, wo einer der Protagonisten mit seinen Klassenkameraden herumalbert: ein Junge von etwa 10 Jahren, mit feinen Gesichtszügen und kaffeebrauner Haut. Er ist der letzte seiner Familie, der noch hier zur Schule gehen darf. Vier Geschwister sind kürzlich in Heimen untergebracht worden, zum Teil in anderen Kantonen.

Das kostet gegen eine halbe Million Franken pro Jahr - ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens der Gemeinde. Anders gesagt: Jeder Einwohner beteiligt sich im Schnitt mit 400 Franken. Hinzu kommen Ausgaben für sozialpädagogische Familienbegleitung, Nebenkosten und wirtschaftliche Hilfe. Es ist absehbar, dass das an der Gemeindeversammlung im Dezember zu reden geben wird.

Absehbar sind auch die Antworten: Es werden dieselben sein wie im Vorjahr. Damals gaben die kantonalen Behörden dem SVP-Gemeindepräsidenten klare Anweisungen, wie er auf kritische Fragen zum Umgang mit der Familie reagieren müsse: Er solle zehnmal wiederholen, dass die Gemeinde in diesem Fall nur «Zahlstelle» sei. Die Versammlung dürfe das Schicksal der Familie nicht diskutieren - «auch wenn es noch so viele Personen beschäftigt».

Am Anfang stand eine gute Tat

Dabei hat alles mit einer guten Tat begonnen. Eine Zeitung berichtete damals, vor zweieinhalb Jahren, vom Schicksal der Grossfamilie M.* aus Eritrea. Acht anerkannte Flüchtlinge, von der Sozialhilfe abhängig, die in einem Durchgangszentrum ausharren mussten, weil sie vergeblich eine Wohnung suchten. Ein sozial engagierter Verein, der in der kleinen Landgemeinde mehrere Häuser besitzt, beschloss zu helfen. «Wir dachten, wir könnten diese Leute im Dorf integrieren», sagt ein Vereinsmitglied. «Wir waren etwas blauäugig.»

Frau M., eine gebürtige Äthiopierin, zog mit ihren sechs Kindern aufs Land, in ein Idyll aus Riegelhäusern und Blumengärten und plätschernden Brunnen, das man zu Fuss in wenigen Minuten durchschreiten hat. Der Vater kam nicht mit, er lebt seither in Winterthur.

Was die zuständige Betreuungsorganisation dem Verein verschwiegen: Die Familie hatte dort zuvor schon eine Wohnung gefunden, musste diese aber wieder verlassen, weil sie sich nicht an die Regeln des Zusammenlebens gehalten hatte. Die Vereinsmitglieder machten ähnlich ernüchternde Erfahrungen. Bei einem ersten gemeinsamen Essen sei es zu einer Diskussion um religiöse Speisegebote gekommen. Danach sei Frau M. nie mehr aufgetaucht. Sie zeige bis heute keinerlei Interesse, sich zu integrieren. Egal, wen man fragt: Kaum jemand kennt die Frau. Sie sei nur selten draussen zu sehen - im Unterschied zu einer später angekommenen Eritreerin, die Anerkennung erntet, weil sie sich umgehend in den Dorfverein anschloss.

Während sich die Mutter ins Haus zurückzog, wo sie sich bald um ein Neugeborenes kümmerte - ihr siebtes Kind -, tollten die anderen vollkommen unbeaufsichtigt auf der Strasse herum. Nachbarn erzählen, sie hätten oft erzieherisch eingreifen müssen, weil die



Der Briefkasten der Flüchtlingsfamilie M. Der Vater wohnt in Winterthur, vier der sieben Kinder in Heimen. Foto: Giorgia Müller

Grösseren die Kleineren geplagt hätten. Die Älteste sei «sackfroh» gewesen. Zudem hätten die Kinder das Konzept von «Mein und Dein» nicht respektiert. Sie hätten sich bei Bedarf Velos von Kindern aus der Nachbarschaft geholt. Irgendwann ging eine Gefährdungsmeldung bei der Vormundschaftsbehörde ein, die Kinder bekamen einen Beistand.

«Wir dachten, wir könnten diese Leute im Dorf integrieren. Doch wir waren blauäugig.»

Ein Mitglied eines engagierten Vereins.

Ihre Mutter schüttelt darüber den Kopf. Sie schiebt den Kinderwagen die Dorfstrasse hinauf, eine kleine, korpulente Frau, die das Haar zu lustigen Zöpfchen geflochten hat, aber eine unübersehbare Trauer in den Augen trägt. Es habe hier keinen Spielplatz für ihre Kinder, sagt sie, und die Nachbarn würden schnell reklamieren. Zum Beispiel, weil es ihnen zu laut sei oder eines der Kinder Blumen aus einem Garten gepflückt habe. Sie versucht zu lächeln. Dann sagt sie, sie sei nicht glücklich hier im Dorf. Der Verein, der die Familie hierhergeholt hatte, reduzierte seine Integrationsbemühungen nach den anfänglichen Misserfolgen aufs Nötigste. Er beschränkte sich auf die Kinder. Eine freiwillige Helferin gab den Kleinen zwei-

mal pro Woche unentgeltliche Nachhilfestunden, in Absprache mit den Sonderpädagogen der Dorfschule. Das sei ein Jahr lang ganz gut gegangen. Dann wurde die Betreuung professionalisiert.

Im Kanton Zürich war inzwischen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) eingeführt worden, die die Arbeit der kommunalen Vormundschaftsbehörden übernahm. Die Fachleute beurteilten das handgestrickte Hilfsangebot für die Flüchtlingsfamilie als «unprofessionell», erinnert sich eine Gemeinderätin. Sie organisierten stattdessen eine professionelle Familienbegleitung durch eine Sozialarbeitsfirma.

Seither bekamen die Nachbarn kaum noch mit, was im Haus der Flüchtlingsfamilie lief. Sie sahen verwahrloste Spielsachen im Hof und wunderten sich, wenn drei Leute mit Stundenansätzen von 130 Franken Frau M. beim Einkaufen begleiteten. Und sie stellten Fragen, die niemand beantwortete, weil die Kesb an eine gesetzliche Schweigepflicht gebunden ist und nichts zu konkreten Fällen sagen darf, wie sie auf Anfrage klarstellt. Welche Massnahmen ihr weshalb angebracht scheinen, bleibt geheim. Wer sich für die Lebenssituation der Familie interessiere, müsse sich selbst ein Bild machen, liess die Kesb die Dorfbewohner wissen. Diese kontern, die Organisation sei zu weit weg vom Ort des Geschehens. «Kein Wunder, dass sich manche Leute aufregen, so wie das jetzt läuft», sagt ein Mitglied jenes Vereins, der die Familie ins Dorf geholt hat und deswegen nun in der Kritik steht.

Diesen Sommer hat sich gezeigt, dass die Familienbegleitung nicht fruchtete. Vor allem die Dorfschule geriet zusehend ans Limit. Die Flüchtlingskinder seien zur Belastung geworden, heisst es dort, aus schulischen wie disziplinarischen Gründen. Man habe die Lehrer und die Klassen schützen müssen. Es folgten Abklärungen durch Jugendmediziner, dann wurden vier der Flüchtlingskinder in Heimen untergebracht, auf Kosten der Gemeinde. Noch nehmen das viele im Dorf relativ gelassen, zum Teil auch aus Unkenntnis. «Wir wissen, dass diese Leute viel kosten», sagt eine Frau in der Dorfbeiz mit einem Schulterzucken. Bleibt die Frage, wie das im Dezember tönt, falls der Gemeinderat wegen der Heimkosten tatsächlich eine Steuererhöhung beantragen muss, wie er angedeutet hat.

Auch die Verantwortlichen bei der Kesb sind mit der Situation unzufrieden. Sie verorten die Misere beim Finanzierungsmodell für Jugendheimplatzierungen. Die Kosten müssten besser auf den Kanton verteilt werden, wie es das neue Jugendheim- und Familienunterstützungsgesetz vorsieht, das in Planung ist.

Frau M. sind solche institutionellen Probleme fremd. Sie zählt in gebrochenem Deutsch die Namen der Orte auf, wo ihre Kinder jetzt leben. «Fischingen, Luzern ...» Dann senkt sie den Blick und tastet nach den Latten des Gartenzauns, als suche sie einen Halt. «Ich hätte sie lieber hier bei mir.»

* Name der Redaktion bekannt

Kommentar Seite 2

Anzeige

Die Drehscheibe für Krebsthemen



Spenden Sie Mobilität - 15 Fr. für den Fahrdienst

SMS an 488 «Fahr 15»

Postkonto 88-318630-0 www.krebsligazuerich.ch

Schulamt überlegt sich Schritte gegen Internetpranger

Das Zürcher Schulamt sieht sich mit grotesken Vorwürfen konfrontiert - wegen der Prangerseite der Jungen SVP.

Benjamin Hämmerle

Zürich - Schüler aus der ganzen Schweiz können sich auf einer Website der Jungen SVP über ihre Lehrer oder ihre Schule beschweren, wenn sie den Unterricht als politisch tendenziös erleben. Seit Sonntag sind darauf bereits zahlreiche Meldungen hinterlassen worden, wie die Verantwortlichen schreiben. Eine Auswahl haben sie publiziert. Darunter auch eine Meldung, welche die Stadt Zürich betrifft: Ein Vater oder eine Mutter wirft dem Schulamt vor, für den Umweltunterricht ein Buch zu empfehlen, das den Klimawandel als wissenschaftlich gesicherte Tatsache darstelle. Es handle sich dabei um «fundamentalistische Indoktrination» und eine «sektenartige Darlegung eines hochkomplexen und noch wenig verstandenen Systems», heisst es im Beitrag.

Das Schulamt hat Kenntnis von der Meldung, wie Direktor Marcel Bachmann bestätigt: «Der Vorwurf entspricht jedoch klar nicht den Tatsachen. Das genannte Buch ist lediglich Teil einer Leseliste zu Umweltthemen und keinesfalls eine Empfehlung des Schulamts.» Bachmann will nächste Woche mit Schulvorsteher Gerold Lauber (CVP) und den Präsidenten der städtischen Schulkreise besprechen, ob und wie man gegen falsche Anschuldigungen auf diesem Portal vorgehen will. Insbesondere auch, wenn diese Lehrpersonen betreffen. Namen werden zwar auf der Website nicht veröffentlicht, aber zum Teil wird aus dem Zusammenhang klar, wer gemeint ist.

Lehrer zeigen sich selbst an

Die Lehrer scheinen dem SVP-Internetpranger bis jetzt gelassen gegenüberzustehen. Weder auf städtischer noch auf kantonaler Ebene sind bei den Schulämtern diesbezügliche Klagen eingegangen. Manche Lehrpersonen machen sich gar einen Spass daraus, sich selber bei der Jungen SVP anzuzeigen. Beispielsweise schreibt jemand: «Ich möchte mich selber denunzieren. Es könnte sein, dass ich mich in Einzelfällen der Kuschelpädagogik schuldig gemacht habe.» Und jemand anderes: «Ich bin Lehrperson und möchte mich bei euch anzeigen, da meine Meinung nicht immer der Linie der SVP Schweiz entspricht.»

Gelassen gibt sich auch Rosemarie Binggeli, Vizepräsidentin des Schulkreises Glatthal: «Die Suppe wird nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht wird.» Sie findet, Betroffene sollten Vorwürfen, die anonym im Internet vorgebracht würden, wenig Beachtung schenken. Ein Internetpranger trage nichts zur Qualitätssteigerung oder Konfliktlösung an Schulen bei, sagt Binggeli. Probleme sollten mit der Schulleitung gelöst werden, die zwischen Betroffenen und Lehrpersonen vermitteln könne.